Abend-Ausgabe. **Nr. 536.** **Berlin**, Dienstag, den 15. November **1892.**

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Nr. 536. Abend-Ausgabe. **Berlin**, Dienstag, den 15. November **1892.**

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr. wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Berlin, Zimmerstraße Nr. 15, und die bekannten Spediteure. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Berlin, 15. November. (W. T. B.) Die mittels des Reichs-Postdampfers „Holsatia" befördete Post aus Australien (Abgang aus Adelaide am 12. Oktober) ist in Brindisi eingetroffen und gelangt für Berlin voraussichtlich am 16. d. Vormittags zur Ausgabe.

Breslau, 15. November. (H. T. B.) Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen dritter Abtheilung unterlagen sämmtliche sechs sozialdemokratische Kandidaten.

Halle a. S., 15. November. (D. B. H.) Die Stadtverordneten bewilligten 40 000 M. zu Wegeverbesserungen, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Der Magistrat bereitet die Ausführung weiterer umfangreicher Neubaus-Arbeiten vor.

—ch **Wilhelmshaven**, 15. November. (Privat-Telegramm.) Das Uebungsgeschwader, bestehend aus den Panzerschiffen „König Wilhelm", „Deutschland", „Siegfried" und „Beowulf", ist heute Mittag zu einer mehrwöchigen Uebungsfahrt nach Norwegen in See gegangen.

Dresden, 15. November. (W. T. B.) Wie verlautet, hat Se. Majestät der Kaiser die Einladung des Königs zu einer am 2. k. M. in Moritzburg stattfindenden Hofjagd angenommen.

Wien, 14. November. (D. B. H.) Wie das „Neue Wiener Tagblatt" mittheilt, beabsichtigt die Kaiserin von Oesterreich demnächst eine Reise nach Indien zu unternehmen.

Paris, 14. November. (W. T. B.) Der Municipalrath beschloß eine Resolution, in welcher gegen den Versuch der Reaktion (!), aus dem letzten Dynamitanschlage für sich Kapital zu schlagen, protestirt, die Unterstellung der Polizei unter die Gemeinde verlangt und das Parlament aufgefordert wird, die Versammlungs- und Preßfreiheit zu vertheidigen (!). — Für die Wittwen und Waisen der Opfer der Explosionen wurden jährliche Unterstützungen bewilligt.

Paris, 15. November. (W. T. B.) Wie verlautet, wäre der Beschluß des Marineministers betreffs der schleunigen Absendung von Verstärkungen und Kriegsmaterial nach Dahomey durch eine Depesche des Obersten Dodds veranlaßt, welcher die Dahomeyer sich vor Abomey in einer festen, mit Geschützen armirten Stellung konzentrirten.

Paris, 15. November. (W. T. B.) Dem „Figaro" zufolge hätte die kolumbische Regierung die Konzession der Panama-Gesellschaft um 1 Jahr verlängert. — Der „Matin" meldet, wenn schon unter Vorbehalt, der Polizeipräfektur sei die Nachricht zugegangen, daß die Absicht bestehe, gewisse Stellenvermittelungs-Bureaus mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

Paris, 15. November. (D. B. H.) Der Kongreß der Arbeiterpartei in Armentières beschloß die Errichtung einer sozialistischen Vereinigung in Nordfrankreich.

London, 15. November. (W. T. B.) Die Resolution empfiehlt den Lokalbehörden die Ausführung öffentlicher Arbeiten, damit den verschuldeten Armen dadurch Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werde.

Rom, 15. November. (H. T. B.) Diese Zwischenfall ist gestern Abend der Prinz Ruspoli mit 62 Stimmen von 61 zum Bürgermeister von Rom gewählt worden.

Madrid, 14. November. (W. T. B.) In diesigen politischen Kreisen wird von dem Besuch des portugiesischen Herrscherpaares am diesigen Hofe ein für beide Länder günstiges Ergebniß erwartet. Der König und die Königin von Portugal werden Donnerstag von hier abreisen; vorher sind noch mehrere Festlichkeiten zu Ehren derselben in Aussicht genommen.

Basel, 15. November. (H. T. B.) Gestern Abend wollten Mitglieder der „Heilsarmee", entgegen dem Verbote der Behörden, gewaltsam in ein zweites Salutistenlokal eindringen, weil in Basel nur ein derartiges Lokal existiren darf. Es entstand sehr bald ein Kampf zwischen der Polizei und der neugierigen Menge, in welchen sich zahlreiche Salutisten mischten. Mehrere Personen wurden schwer verletzt, die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Brüssel, 15. November. (D. B. H.) Alle Manifestationen, welche wegen des bevorstehenden Königsfestes erwartet wurden, sind bisher ausgeblieben. Trotzdem wurden die Polizei, die Gendarmerie und die Festwache konsignirt. Die den Festzug begleitenden Militärabtheilungen wurden vertheert. Am Abend finden mehrere große Versammlungen und Umzüge durch die Straßen statt.

Brüssel, 15. November. (D. B. H.) Die Föderation der Arbeitersyndikate beschloß die Organisation der Vorbereitungen zu Gunsten eines Generalstrikes aller Arbeiter Belgiens zwecks Erwirkung des allgemeinen Stimmrechts im ganzen Lande, die Einberufung eines Kongresses der Arbeiterpartei am Dezember, ferner die Sozialisirung der Produktionsmittel und Bergwerke. Ferner wurde beschlossen, die Wahlgesetze, welche ausschließlich der Kompetenz der Kammern in Sachen des allgemeinen Stimmrechts seien, festzusetzen, zu beschleunigen.

Löwen, 15. November. (W. T. B.) Gestern Abend fand hier ein von Sozialisten einberufenes und zahlreich besuchtes Meeting zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts statt. Nach dem Schluß desselben kam es zu Unordnungen, indem die Theilnehmer an der Versammlung sich auf der Straße mit Gendarmen und dann mit der Polizei und der Municipalgarde, die zu Hilfe riefen auf das allgemeine Stimmrecht die Straßen durchzogen. Der Polizei schritt wiederholt ein und trieb die Ruhestörer auseinander.

Das Ende des Falles „Löwel-Mamroth".

Der vielbesprochene Fall Löwel-Mamroth ist am Donnerstag auf überraschende Weise in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zum Abschluß gekommen. Einige liberale Mitglieder hatten vor 14 Tagen an den Magistrat die Anfrage gerichtet, nach welchen Grundsätzen die von den Lieferanten für die Verminderungs-Quotation zu stellenden Kautionen festgesetzt werden. Auf diese Anfrage ist eine ausführliche Antwort eingegangen, welche dann vom Stadtverordneten-Vorsteher auf die Tagesordnung der letzten Sitzung gesetzt wurde. Der Magistrat beruft sich in derselben auf Anzüge aus den Protokollen der Baumaterialien-Deputation, welche den Stadtverordneten kurz vorher mitgetheilt waren. In diesen wurde zunächst ausgeführt, daß in früherer Zeit die städtische Verwaltung auf die Höhe der Kautionen keinen Werth gelegt, sondern dieselbe in den Fällen, wo sie überhaupt erforderlich schien, auf nur 1000—1500 M. festgesetzt habe, daß aber die erhöhten Preise im Geschäftsjahre 1890/91 den Anlaß gegeben hätten, allgemein eine Erhöhung auf 5 Prozent für den Zentner eintreten zu lassen. Insofern eines Versehens eines Bureauassistenten sei jedoch bei zwei Firmen — unter ihnen befindet sich eine jüdische — die Erhöhung unterblieben. Einer anderen Firma gegenüber (Zimmermeister Friedländer u. Ko., also ebenfalls jüdisch) sei bei einer Lieferung von 20000 Zentnern angesichts ihrer großen Bedeutung im Kohlengeschäft von dem Verlangen einer Kaution Abstand genommen worden. Die — ebenfalls jüdische — Firma Cäsar Wollheim endlich werde nach besonderen Grundsätzen behandelt. Sie sei seinerzeit von der Brennmaterialien-Deputation aufgefordert, eine Offerte einzureichen und habe darauf erwidert, daß sie zwar zur Lieferung bereit sei, sich aber an einer Submission nicht betheiligen werde. Insofge dessen sei ihr eine Lieferung von 150000 Zentnern übertragen, aber „selbstverständlich" ohne daß Kautionsstellung verlangt wurde. Dieses Verfahren sei bei allen späteren Lieferungen der Firma Cäsar Wollheim als „präjudizirlich" betrachtet werden. Am Schluß heißt es jedann, daß der jetzige Vorsteher der Deputation, Stadtrath Mamroth, den bestehenden Zustand, wonach über die Stellung der Kautionen der Vorsteher einseitig entscheidet, bei seinem Eintritt bereits vorgefunden habe, daß er aber in Zukunft auch diese Angelegenheit der Beschlußfassung des Kollegiums unterbreiten werde.

Wir hätten nun erwartet, daß diese Mittheilungen, eben weil die Sache auf der Tagesordnung stand, zu einer ausgedehnten Besprechung Anlaß geben würden. Davon ist aber nicht die Rede gewesen. Der einzige, welcher das Wort ergriff, war Dr. Langerhans. Er sprach seine Genugthuung darüber aus, daß dem „bewährten" Herrn Mamroth Gelegenheit gegeben sei, sich „klärend" zu rechtfertigen. Diejenigen, welche annahmen, daß Herr Löwel auch in der Sache sich äußern würde, sahen sich gründlich getäuscht. Alles ging so schnell vor sich, daß, als ein Mitglied der Bürgerpartei, welches offenbar erst Herrn Löwel sprechen lassen wollte, sich zum Worte meldete, die Besprechung bereits vom Vorsteher geschlossen war. Wie wir hören, hatten die liberalen Gruppen sich dahin geeinigt, über den betreffenden Punkt der Tagesordnung möglichst stillschweigend hinwegzugehen.

Wir vermeiden es nun, auf den eben mitgetheilten Inhalt der Protokollauszüge näher einzugehen, wenn sie auch erkennen lassen, daß Herr Löwel zu seiner Anfrage an den Stadtrath Mamroth wohl berechtigt war. Es mag hier zugegeben werden, daß eine absichtliche Bevorzugung jüdischer Firmen nicht nachgewiesen ist. Auch wollen wir an dieser Stelle uns nicht über den unheilvollen Einfluß äußern, welchen die Firma Wollheim auf den Kohlenmarkt ausübt, daß sie die Preise fast nach ihrem Gutdünken zu bestimmen in der Lage ist. Wenn die Stadt Berlin, damit sie ihr größere Lieferungen überträgt, dadurch ihren Einfluß stärkt, so ahmt sie damit nur das Vorbild der staatlichen Grubenverwaltungen nach, welche jener Firma eine Art von Vertriebsmonopol für ihre Kohlen gewährt haben. Wir wollen auch nicht solche Spitterrichter sein, daß wir aus dem Verkehr des Beamten, durch welches nach Angabe des Stadtraths Mamroth zwei Firmen in Bezug auf die Höhe der Kautionen bevorzugt worden waren, viel Aufhebens machen. Allerdings müssen wir gestehen, daß gerade die Person des Stadtraths Mamroth zu Mißtrauen Anlaß geben muß, nachdem in dem Prozeß Allwardt festgestellt worden ist, daß die Sparkasse auch Wechsel ankauft, welche die Unterschrift der Firma Mamroth tragen. Die Thatsache, daß der Chef dieser Firma nicht der Vorsteherin des Kuratoriums der Sparkasse Stadtrath Mamroth ist, sondern dessen Sohn, und daß die Firma auf den Wechseln nur als Giirant, nicht als Acceptant figurirte, vermag dieses Mißtrauen nicht zu beseitigen. Zur richtig halten wir es nicht, daß unter diesen Umständen dem genannten jüdischen Herrn in der Stadtverwaltung mehrere wichtige Aemter übertragen werden, mit denen ausgedehnte Machtbefugnisse namentlich gegenüber solchen Personen verbunden sind, die mit der Stadtgemeinde in geschäftliche Verbindung treten wollen. Deshalb verstehen wir nicht, daß der Magistrat unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Falles Löwel Herrn Mamroth auch noch mit dem Vorsitz im Markthallen-Kuratorium betraut hat.

Alle diese Erwägungen sind jedoch hier nur von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist für uns die, daß Herr Mamroth sich veranlaßt gesehen hat, auf eine durch die Sachlage gerechtfertigte Anfrage des Herrn Löwel in beleidigender Form zu antworten. Wir möchten wohl wissen, was die freisinnige Presse sagen würde, wenn etwa ein Kriegsminister den in den Parlamenten oft gehörten Vorwurf der Bevorzugung des Adels bei der Besetzung der Offizierstellen in derselben Art beantworten würde, wie es Stadtrath Mamroth dem Stadtverordneten Löwel gegenüber gethan hat. Die Judenfreundschaft, in welcher wir uns bereits befinden, zeigt sich in nichts deutlicher als darin, daß jeder an der Hymnen auf die Möglichkeit einer Bevorzugung des Judenthums sich strafbar gethan fühlt. Als ein geradezu erschreckendes Zeichen jener Judenfreundschaft müssen wir es aber bezeichnen, daß im vorliegenden Falle derjenige, welcher sie an seinem eigenen Leibe hat fühlen müssen, sich, wie es scheint, der über ihn verhängten Strafe ohne Murren unterwirft und damit die Straftaktik seiner Handlungsweise unwillkürlich anerkennt. Es ist nachher, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung für den Kampf gegen jüdischen Uebermuth nicht mobilzumachen steht ist. Wenn dieser dennoch aber einmal in der Oeffentlichkeit besprochen ist — und das ist durch die Ueberliste Gelegenheit in der „Staatsbürger-Zeitung" geschehen — dann muß er auch durchgefochten werden, denn gar Schweigen nicht nur als ein Zeichen der Schwäche, sondern auch als ein Sporn für das Judenthum, in der nämlichen Art fortzufahren. Es mag sein, daß Herrn Löwel das Verhalt des früheren Stadtverordneten Limpricht vorgeschwebt hat, der wegen seines Kampfes gegen das Judenthum von der Mehrheit der Versammlung in geradezu unwürdiger Weise herbehandelt worden ist. Will er diesem Schicksal durch einen Gang nach Canossa entgehen, so hätte er denselben bereits einen Monat früher antreten müssen. Immer und immer wieder müssen wir aber darauf aufmerksam machen, daß, wenn die Berliner Stadtbehörden sich nicht dann aufraffen können, den gemeinsten Gelegenheit jüdischer Anmaßung entgegenzutreten, die Gesinnung gegen die letzten uns Nazarenthum steigen und der Kampf, statt sich in jüdischen Farmen zu bewegen, eine Schärfe annehmen wird, die ihm auf der einen Seite möglicherweise die Gestalt einer Judenhetze gelten kann. Stelle es zu unserem Leidwesen einmal dahin kommen, so werden die Schuld diejenigen tragen, die bis jetzt vor jüdischem Gelde und jüdischem Dünkel sich feige gebeugt haben.

Unter den Berathungs-Gegenständen der letzten Sitzung der Stadtverordneten möchten wir hier noch einen sozialdemokratischen Antrag kurz berühren. Herr Stadthagen, der Vater desselben, hatte verlangt, daß in den Berliner Gemeindeschulen von Amts wegen heftige Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Schüler stattfinden und mit deren Anordnung eine besondere Schulverwaltungsdeputation betraut werden soll. Der Antrag hatte einem besonderen Ausschuß zur Vorberathung vorgelegen, und dieser hatte auch seinen Berichterstatter Dr. Schwalbe die Ablehnung empfehlen lassen. Mit Recht, wenn auch nur in zarter Form, deutete Herr Schwalbe darauf hin, daß mit der Annahme die Stadt einen Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftsstaate thun würde. Bereits vor Jahresfrist war ein ähnlicher Versuch gemacht worden. Damals mußte das Gespenst des angeblichen Nothstandes herhalten, um die städtischen Behörden dahin zu bringen, daß sie ihre Volksschulen nebenbei zu öffentlichen Speiseanstalten für die schulpflichtige Jugend machten. Der sozialdemokratische Vorstoß wurde aber siegreich zurückgewiesen. Diesmal jedoch leisteten die „entschieden Freisinnigen" und vor allen Dingen die Judenschaft den Sozialdemokraten wirksame Hilfe. Auf Antrag des Herrn Pinkuhsohn, welcher sich für den Stadthagenschen Vorschlag großes Interesse zeigte, wurde beschlossen, die ganze Angelegenheit zunächst der Deputation für die Gesundheitspflege zu überweisen. Hiernach erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Stadtverordneten-Versammlung doch noch auf die Brücke tritt, welche allmählich zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat hinüberführt.

Daß diesem ersten Schritte noch weitere folgen werden, liegt auf der Hand. Bedauerlich ist es nur, daß bis jetzt selbst wohlmeinende Leute weder die Folgen noch die treibenden Ursachen jener Bewegung einzusehen vermocht haben. Die Berliner Verhältnisse sollten doch für jedermann den Beweis erbracht haben, daß das Judenthum zu den wirksamsten Förderern der sozialdemokratischen Zukunftspläne gehört. Stadthagen-Pinkuhsohn, das ist die Signatur der letzten Verhandlung. Und da sollen wir Deutsche nicht das Recht haben, unserem Unmuthe gegen den jüdischen Einfluß Luft zu machen!

Jagdausflug des Kaisers.

○ **Wernigerode**, 14. November. Mehr als fünf Jahre sind verflossen, daß am 24. Oktober 1887 unter ehrwürdigen, nun in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm zur Jagd dem fürstlichen Wernigerode gerade einlud; es war sein letzter Ausritt und seine letzte Jagd. Er hat dann Berlin nicht wieder verlassen und keine Büchse mehr in die Hand genommen. Seit jenem Tage hat keine Kaiserjagd mehr in Wernigerode stattgefunden, und, wenn jetzt die freundliche Harzstadt von neuem sich zu einem Empfange schmückt, so thut sie es mit doppeltem Eifer, da es gilt, den neuen Kaiser festlich zu empfangen. Zwar hat er schon als Prinz Wilhelm öfter hier geweilt und hat als Kaiser der Einweihung des Denkmals seines Großvaters der seinigen beigewohnt, aber dem Fürsten erschien es würdiger, erst aber als Waidmann kommt er doch zum ersten Male, seitdem er der Krone trägt. Darum hat sich Wernigerode ganz besonders herausgeputzt; die meisten Häuser sind ganz in Tannengrün gehüllt und am Saum des Harzes wohl in den Forsten. Aber die sich zu seinem Empfange so hoch Ehrenden, die Vertreterinnen der Bürgerschaft standen in hellem Lichte. Spielerinnen der Bürgerschaft standen, als es zu dunkeln anfing, unzählige Lampions gaben der Umgegend ein überaus festliches Aussehen.

Punkt 6 Uhr lief der Kaiserliche Sonderzug in den Bahnhof ein; auf dem Bahnsteige hatte sich der weite Kreis der Ehrengäste gesammelt; Fürst zu Stolberg-Wernigerode mit den Erbprinzen und den beiden jüngeren Prinzen Hermann und Albrecht empfangen, und den erlauchten Gast auf das ehrerbietigste zu begrüßen. Der offenen Wagen, in dem Fürst zu Stolberg mit seinem Gaste die 4 km lange Strecke bis zum Schlosse fuhr, war mächtige Fackelflamme, alle Ehrende der Stadt, kameradschaftliche Krieger-Vereine, Turner, Schützen und die Feuerwehr standen hier in langen Reihen; an der Burgstraße, parallelen die Schüler des Gymnasiums, der Mittel- und Bürgerschule. Im Umfange Treppe, das Gebäude prangte vorher in Menschenmassen hinunter, bis sich der Weg am Burgberge in die Höhe wendet und am Fürstlichen Schlosse mündet. Bei der Einfahrt in den Hof wurde der Kaiser mit einer von den Damen Wernigerodes gestarteten Fahne begrüßt. Der Hof war prächtig geputzt, die Frau Fürstin zu Stolberg, geborene Prinzessin Reuß, die Kaiserin-Königin Augusta empfing. Die Frau Fürstin war umgeben von der Frau Oberpräsidentin, von der Frau Prinzessin Heinrich XVIII. Reuß mit den beiden Prinzessinnen-Töchtern Marie und Adelheid. Der Kaiser, der gekommen war, um zu jagen, als jemand begann: anwesend waren die Prinzen Heinrich XIII. und Heinrich XVIII. Reuß, der regierende Graf Stolberg-Rossla, Graf Konstantin zu Stolberg-Wernigerode, der Graf Schön gen. v. Wenkheim, der Oberpräsident von Hegel, der Landrath v. Alvensleben-Hattenstein, der Schloßhauptmann Graf Hedemann-Dölkau und der Kammerherr v. Alvensleben-Neuwirthshäuschen.

Um 7 Uhr fand ein großes Diner statt, zu dem auch die ersten Beamten geladen waren; dann folgte ein Empfang der Behörden und Deputationen, der sich bis gegen 9 Uhr ausdehnte. Der Kaiser trat zwischen der Frau Fürstin und der Frau Prinzessin Reuß XVIII.; gegenüber hatte Fürst Stolberg seinen Platz. In den prächtigen Saal knüpfte sich heute die Gluth der Freudenfeuer, die auf den benachbarten Bergkuppen und den Bergen des Brockens brannten.

Wernigerode, 15. November. (W. T. B.) Heute früh wurde Se. Majestät den Kaiser von der städtischen Musik-Gesellschaft ein Ständchen gebracht. Um 7½ Uhr wurde das Frühstück eingenommen. Um 8½ Uhr fand sodann bei prachtvollem Wetter der Aufbruch zur Jagd statt. Zunächst wurden zwei freie Stücken im Kaiserlichen Jagdrevier abgehalten.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Se. Maj. der Kaiser und König wird aus Wernigerode heute Abend 8½ Uhr abreisen, um über Halberstadt und Magdeburg nach Potsdam, bez. dem Neuen Palais zurückzukehren.

— Se. Maj. der Kaiser und König wird, wie wir vernehmen, Freitag, den 18. d. M., Vormittags 11 Uhr, sich von Potsdam aus zur Abhaltung eines größeren Hofjagd nach der Göhrde begeben und am nächsten Tage Abends von dort wieder nach dem Neuen Palais zurückkehren.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin traf heute Vormittag 9 Uhr 47 Min. mittels Extrazuges von der Wildparkstation aus hier. Während die aus Station Wedding und von dort aus zu Wagen in der städtischen Kirchenwache in Reinickendorf, Nachmittags 12 Uhr 25 Minuten erfolgte dem Eintreffen aus auf verschiedenen Stationen ihrer Weiterfahrt, wo der Kutsche nach der Station Bötzow, bez. Oranienburg, nach dem Neuen Palais und die Ankunft daselbst kurz vor 1½ Uhr.

— Ihre Maj. die Kaiserin Friedrich empfing gestern Vormittag im hiesigen Palais den Besuch der Kaiserlichen Majestäten, welche sich 9 Uhr vom Neuen Palais nach Berlin zu kommen waren, und stattete denselben mit der Prinzessin Tochter Margarethe um 10½ Uhr im hiesigen Königlichen Schlosse einen Gegenbesuch ab. Mittags begrüßten der Gemahl und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen die Kaiserin Friedrich, welche in Töchter Margarethe im hiesigen Palais. Nachmittags 4 Uhr fuhr die Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Margarethe nach Potsdam. Dort statteten sie anläßlich des Geburtstages Sr. K. H. des Prinzen Friedrich Leopold auf Jagdschloß Glienicke ein Gratulations-Besuch ab und kehrten sich dann nach dem Mausoleum in der Friedenskirche zu Potsdam, wo die Kaiserin Friedrich längere Zeit verweilte. Se. K. H. Prinz Leopold hatte sich inzwischen zum Besuch bei Ihr. Maj. der Kaiserin nach dem Neuen Palais begeben. Demnächst kehrte die Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Tochter nach Berlin zurück.

— Se. K. H. der Prinz Georg, welcher zuletzt einige Tage in Kassel weilte, traf gestern Abend 10 Uhr 50 Minuten von seinem Herbstreisen wieder zum Winteraufenthalte in Berlin ein.

— J. K. H. die Frau Prinzessin Friedrich Karl hatte sich gestern Vormittag 11 Uhr von hier nach Potsdam und von dort zu einem Gratulations-Besuch beim Prinzen Friedrich Leopold nach Glienicke begeben. Nachmittags kehrte die Frau Prinzessin wieder nach Berlin zurück.

— Der Stadtbaurath Hr. Hendlehe hat nach mehrtägigem Aufenthalte gestern Abend Berlin wieder verlassen und sich nach Straßburg i. E. zurückbegeben.

— Der Prinz Moritz zu Hohenlohe-Schillingsfürst traf heute früh aus Schloß Haunen hier ein und stieg im Hotel Continental ab.

— ○ Der ehemalige Botschafter in Madrid, Frhr. v. Stumm, hat heute Morgen Berlin verlassen und sich auf seine Besitzungen in Hessen begeben.

— Der Chef der Marine-Station der Nordsee, Vice-Admiral Batsch, hat nach Anstattung persönlicher Meldungen Berlin wieder verlassen und sich nach Wilhelmshaven begeben. — Der General-Major Frhr. Nordbrann v. Efferenberg, Kommandeur der Garde-Feld-Artillerie-Brigade, hat sich auf Urlaub begeben. — Der Oberst v. Rothkirch und Panthen, Kommandeur des Garde-Kürassier-Regiments, ist von Urlaub hierher zurückgekehrt. — Der Oberst Renter, Kommandeur des 5. ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 45, ist mit Urlaub hier angekommen. — Der Major Prinz von Ratibor und Corvey, aggregirt dem 2. Garde-Dragoner-Regiment, hat sich nach Donaueschingen, der Direktor der Militär-Telegraphen-Schule, Major Zacharias, nach Ober-Kamlach in Sachsen begeben. — Der Major v. Trobel, Bataillons-Kommandeur im 2. hessischen Infanterie-Regiment Nr. 82, hat nach beendetem Urlaub Berlin wieder verlassen. — Der Major Röringer, à la suite des Königlich bayerischen Jägerlaus-Korps und Mitglied der Reichs-Marine-Kommission, ist zum Dienstantritt hier eingetroffen.

— Der an Stelle des Oberst-Lieutenants v. Reidhardt zum K. württembergischen Militär-Bevollmächtigten und stellvertretenden Bundesraths-Bevollmächtigten ernannte Oberst Frhr. v. Varrier, der in diesen Tagen hier eingetroffen ist, gehört der Artillerie an. Zu Anfang der 60er Jahre wurde er als Lieutenant Adjutant der württembergischen Artillerie-Brigade und 1875 nach seiner Ernennung zum Hauptmann Flügel-Adjutant des Königs Karl; in dieser Stellung wurde er 1884 Major, 1889 Oberst-Lieutenant und 1891 Oberst.

— ○ Der der Kaiserlichen Gesandtschaft in Bukarest beigegebene Legationssekretär Mumm v. Schwarzenstein ist hier eingetroffen und im Kaiserhofe abgestiegen.

Einweihung der „Segenskirche" in West-Reinickendorf.

Die unter dem Protektorate Ihrer Majestät der Kaiserin durch den Evangelischen Kirchenbau- Verein Berlin erbaute „Segenskirche" in West-Reinickendorf, deren Vermittlung in Gnadenwar der erlauchten Schirmherrin feierlich eingeweiht werden. Mit dem Aberkan dieser Gotteshauses ist abermals ein monumentales Zeugniß von der umfassenden Fürsorge der Majestäten zur Hebung der Kirchennoth in und um Berlin geschaffen und zugleich ein erneuter Beweis von der segensreichen Thätigkeit des Evangelischen Kirchenbauvereins gegeben, der seit Jahren mit wenigen Ausnahmen alljährlich, besonders die Arbeiterquartiere in West-Reinickendorf an die Kaiserin und Königin mit der Bitte um die Errichtung einer Kirche gewandt. Ihre Majestät wilfahrte dieser Bitte mit freudigem Herzen und betraute den genannten Verein mit dem Bau des Gotteshauses, über den sie zugleich das Protektorat übernahm. Mit der Ausarbeitung des Entwurfes wurde der Architekt Schattenburg (Langenbielau) betraut, dem auch die Ausführung übertragen wurde. Am 15. Juni 1891 wurde der Grundstein gelegt und heute, nach sechsmonatlicher Bauzeit konnte die „Segenskirche" vollendet werden. Zu festlichem Empfange wurde der Kirchplatz und seine Umgebung, die Ehrenbogenverkehrt war in großer Menge herbeigeströmt. Vereine und Schüler bildeten Spalier und allerwärts herrschte eine gehobene Stimmung, die sich bei der Ankunft der Kaiserin in lautem Jubel steigerte, in den die Glocken mit feierlichem Klange einstimmten. Der Kirchenverein und die Feuerwehr waren mit Musikkorps erschienen. Zum Reinickendorf war in ein reiches und malerisches festliches Gewand gekleidet. Längs der Straßen bekränzte Masten mit Guirlanden, die sich über den Damm schwangen und auf Giebeln und Schornsteinen prangte Schmuck. Ein solches Gedränge war in der That unsagbar reichhaltig und hübsch. Alle Fenster waren malerisch von der Einwohnerschaft besetzt. Zur Mitwirkung des Ortes war ein Detachement der Zuschrift: „Provinz Brandenburg" — „Kreis Niederbarnim".

Gegen 11 Uhr hatten die zur Feier geladenen Gäste und Gemeinde-Mitglieder ihre Plätze in der Kirche eingenommen und freuten sich des behaglichen und künstlerischen Schmuckes des neuen Gotteshauses. Der Grundstil der Segenskirche ist die Kreuzform bei einer Länge von 42 Metern und einer Breite von 20 Metern, die Vierung 14 Meter bei einer lichten Höhe von rund 16½ Metern. Der Bau ist in rothverblendeten Ziegelbau ausgeführt mit Sandsteinen. Der 50 Meter hohen Thurme, der den einen südlichen Hauptbau mit Spitze schmückt. Im Innern der Kirche ist Backstein. Die bedeutende Kirche besteht gegen 400 Quadratmeter; die Kirche enthält 850 Sitzplätze, die indessen bis auf 1000 vermehrt werden können. Der Gesammtkostenpreis ist auch heute schon bekannt und würde, das Grundstück nicht eingerechnet, 200 000 Mark betragen. Der Altarschmuck ist in Oberammergauer Holzschnitzerei ausgeführt und mit dem Gemälde des heiligen Abendmahles geschmückt. Die Fenster des Altars stehen in den Gestalten des Abel, Isaak, Melchisedek und Aaron und Hohepriester, Johannes der Täufer und Prophet und predigende Amt des Heilandes. In dem Bürgmeisterum steht die Kanzel, ebenfalls in Holz gebaut, mit den Gestalten der Evangelisten; der Taufstein ist in Sandstein gehauen. Die ersten Bänke vor dem Altar sind für die Mitglieder des Königlichen Hauses bestimmt. Der Orgelbau ist von dem Firmen Gebrüder Dinse, Berlin, ausgeführt. Der Chor steht in dem Kirchen-Gemeinde-Vorsteher und Mitgliedern der Synode und Gemeinde-Kirchen-Kommission, Pfarrer Hofmann, der Landrath v. Bladow, der Amts- und Gemeinde-Vorsteher Bilke und der Architekt Schattenberg. Der Vorsitzende des Evangelischen Kirchenbau-Vereins, Minister des Innern Herrfurth, hatte sich, durch Krankheit verhindert, durch den Ersten Vorsitzenden, Landrath v. Bladow, vertreten lassen. Dann überreichte der Architekt Schattenberg der Kaiserin den Schlüssel und erbat die Genehmigung zur Geschichtung des Gotteshauses. Ihre Majestät nahm den Schlüssel und gab ihn dem General-Superintendenten Braun, der ihn dem Pfarrer Scheid einhändigte. Dieser schloß die Kirchenthür auf, und Ihre Majestät betrat sich in das Gotteshaus, unter dem Vortritte der Pfarrer Burkhausen, Schmidt Braun, Dewander, Scheid, Boehm, v. Wedel, v. Hund und Neumann. Die Gemeinde empfing die Kaiserin stehend, der Chor sang: „Wie lieblich ist dein Wohnen, o Herr!" Mit dem Worte des Königs Salomo: „Ich habe gebauet ein prächtiges Haus, da sollen innen beständig Gemeinde-Gesänge; Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren", wurde der Weiheakt eingeleitet. Die Weihe vollzog der General-Superintendent D. Braun.

Gesegnet sei Gott und der Vater unseres Herrn Jesu Christi, der uns gesegnet hat mit allerlei geistlichen Segen und himmlischen Gütern in Christo Jesu. Amen!

Der Weiheakt ist in der Altarbibel eingeschrieben, Psalm 39, 8: Nun Herr, wes soll ich mich trösten? Ich hoffe auf dich!" und Apostelgeschichte 3, 26: „Gott, der sich seines Knechtes erbarmet, ist willig zu reden dein Wort!" Das festgesetzte zu Anmerkungen hat hier die Schwesterkirche gewählt und aufgerufen, sich zu beeilen mit ihrem Schmuck und ihre Lampen anzuzünden, um den Einzug des Königs der Ehren zu erwarten. So ist die Weihe zu Ende. Die Weihe zu Ende ist jener Feier, daß werden durfte, daß die Stimme des Segens von Gemeinde zu Gemeinde fortgetragen würde, weil dieselbe Königliche Huld und Menschenliebe, welche dort des Herrn Altar gebaut hat, unterstützt von der christbereitschaft frommer Christen auch hier und anderswo geschützig war, ein Haus nach dem anderen zu bauen, unserem Erlöser zur Ehre, der Gemeinde zum Segen.

Heute antworten schon ein Glockenruf dem andern und vom Thurm zu Thurm wird es verkündigt, daß die lieben Vorstadt-bewohner nicht mehr lesen sollen wie verstreute Schafe, die keinen Hirten haben, daß vielmehr auch ihnen für ihre Arbeit Segen, für ihre